

Die Oder-Neiße-Linie in der deutschen Außenpolitik

Die Oder-Neiße-Linie gehört wohl zu den heißesten Eisen der deutschen Nachkriegspolitik. Tatsächlich war sie ja als Provisorium gedacht, und staatsrechtlich ist noch nichts geschehen, was an die Stelle dieses Provisoriums einen neuen vertraglichen Zustand gesetzt hätte. Demnach gelten noch jetzt die östlich dieser Linie gelegenen, bis 1945 einwandfrei deutschen Gebiete nur als „unter polnischer Verwaltung stehend“, die endgültige Grenzlinie blieb einem kommenden Friedensvertrag vorbehalten. In den 18 Jahren, die seitdem vergangen sind, haben sich alle außenpolitischen Konstellationen gewandelt. Waren die Kriegsgegner Deutschlands bis zur Verwirklichung ihres wichtigsten Kriegszieles, der Niederwerfung des Nazisystems, als eine geschlossene Einheit anzusehen, so sind sie das längst nicht mehr. Überall in der Welt, wo freiheitliche Auffassungen im Gegensatz zum Sowjetsystem stehen, trennt eine mehr oder minder sichtbare Scheidelinie die beiden Machtblöcke, die sich in den Grundfragen des gesellschaftlichen Seins nie einig werden können. In der Sicherung der Menschenrechte versagten die Vereinten Nationen, ihre berufenen Hüter, vollkommen, wie ihre Reaktion auf die Auflehnungen in der Ostzone, in Ungarn und in Polen sowie bei dem chinesischen Überfall auf Tibet gezeigt hat. Seit sich nun die Sowjets zu Schutzherren der von ihnen unterworfenen Staaten gemacht haben, ist überhaupt nicht mehr einzusehen, wie wesentliche Grenzänderungen im europäischen Raum ohne die Entfesselung eines neuen Weltkrieges möglich sein sollten.

Bis vor wenigen Jahren kam die amtliche deutsche Außenpolitik damit aus, die gegenwärtigen Grenzen im Osten abzulehnen und eine noch so lose Zusammenarbeit mit denjenigen Staaten zu verweigern, die zu der sogenannten Deutschen Demokratischen Republik amtliche Beziehungen unterhalten. Daran hat sich nun in letzter Zeit einiges geändert. Vor allem bietet sich eine wirtschaftliche Zusammenarbeit an, deren Partner hien und drüben bemüht sind, in halb- oder viertelamtlichen „Kommissionen“, Missionen oder ähnlichem einen Ersatz für diplomatische Beziehungen zu suchen, der rein zweckbestimmt ist und darum keine politische Vorbelastung für künftige Entscheidungen in sich birgt. Im Verhältnis zu Polen stellt nun die Frage der Oder-Neiße-Grenze das größte Hindernis einer Annäherung dar.

Vorbelastet ist jeder Versuch einer solchen Annäherung durch die tiefe, von weitesten Volkskreisen getragene Empörung über den Verlust deutscher Gebiete, für viele von ihnen die Heimat, über die brutalen Massenausweisungen und über die Vernichtung deutschen Kulturguts. Man vergißt oder verschweigt dabei meist, daß diese überaus schmerzlichen Tatsachen erst seit dem von *Hitler* freventlich heraufbeschworenen zweiten Weltkrieg eingetreten sind und daß an dessen Anfang die Teilung Polens zwischen Nazideutschland und den Sowjets gestanden hat. Daß diese dann nach dem Zusammenbruch des Nazisystems anders erfolgte, als man es sich sehr vielfach nach dem Blitzsieg über Polen (1939) und nach den anfänglichen Waffenerfolgen der deutschen Heere auf den übrigen Kriegsschauplätzen vorgestellt hat, wird nun nicht mehr den Hasardeuren der deutschen Kriegführung zur Last gelegt, sondern denjenigen, die deren Folgen zu tragen haben, nämlich solchen deutschen Bundespolitikern, die sich mit der neuen Lage auseinandersetzen müssen.

Diese Situation gleicht erschreckend derjenigen um 1920, wo die Propaganda gegen das Versailler Diktat — hätten wir es nur schon wieder! — unter ganz ähnlichen Vorzeichen eingeleitet wurde. Damals wandten sich alle Parteien ohne Ausnahme gegen eine Grundthese des Versailler Vertrags, die dem Deutschen Reich die Schuld am ersten Weltkrieg zuschrieb. Großangelegte Propagandaaktionen sorgten dafür, daß der

ARTUR SATERNUS

„Kampf gegen die Kriegsschuldfrage“ nicht mehr erlahmte. Dabei waren Ausgangspunkt und Ziele dieser Aktion von Grund auf entgegengesetzt. Ehrliche Versöhnungspolitiker, von *Scheidemann* über *Rathenau* bis *Stresemann*, sahen in ihr ein Mittel, Deutschland aus der Isolierung des im Kriege Unterlegenen herauszuführen und es wieder zum gleichberechtigten Partner in der Gemeinschaft der Völker zu machen, ein Werk, das mit der Aufnahme Deutschlands in den Völkerbund und mit der Anbahnung freundschaftlicher Beziehungen zu Frankreich seine Krönung erhalten zu haben schien. Das war in den Jahren 1925/26.

Den Deutschnationalen und den noch weiter rechts stehenden Gruppen genügten solche Erfolge nicht. Ganz bewußt verbreiteten sie die Auffassung, die Beseitigung der Kriegsschuldfrage zerschlug den ganzen Versailler Vertrag, sie setzten ihre Propaganda verschärft fort mit dem Ergebnis, daß nicht wenige deutsche Bürger, die an sich mit der Staats- und Rassenlehre des Nazismus nichts oder doch nur wenig gemein hatten, in *Hitler* den „starken Mann“ sahen, der nur ausführte, was andere Parteien ja auch irgendwie unterstützt hatten. So grub ein überhitzter Nationalismus der Nation das Grab — was noch heute viele nicht wahrhaben wollen. Ähnlich hat in Ungarn das Diktat von Trianon eine hemmungslose, amtlich geförderte Agitation gegen die dort noch viel größeren Gebietsverluste herbeigeführt. Man wollte sie auf „friedlichem Wege“ revidiert wissen. Das Ergebnis war, daß Ungarn trotz solcher Vorbehalte in den Krieg und in die Nazigreuel verwickelt wurde, um als sowjetischer Satellitenstaat zu enden.

Solche Erfahrungen, die heute historische Tatsachen sind, mußten festgehalten werden, wenn man den groß angelegten Versuch eines jungen Wissenschaftlers ins rechte Licht rücken will, wie denn Deutschland der durch die Grenzziehung im Osten bedingten Zwangslage Herr werden kann; besonders aktuell wird dieses Unterfangen durch die Versuche Bonns und Warschaws zur Herstellung besserer Beziehungen. Es handelt sich um die Schrift von *Georg Blum*: „Die Oder-Neiße-Linie in der deutschen Außenpolitik.“¹⁾ Die wissenschaftliche Exaktheit des Verfassers wird nur durch den Mut übertreffen, mit dem er den Dingen auf den Grund geht. So wird in der Bundesrepublik die entscheidende Tatsache nur allzu wenig beachtet, daß die heute unter polnischer Verwaltung stehenden Ostgebiete Deutschlands fast genau ein Drittel des heutigen polnischen Hoheitsgebietes ausmachen. Als Ganzes ist Polen heute noch um ein Fünftel kleiner als 1937, selbst wenn man die ehemals deutschen Gebiete ihm zurechnet. Das ist eine Folge des sowjetischen Gebietsraubs, der ja auch das Verschwinden der baltischen Randstaaten und die Okkupation des größten Teiles von Ostpreußen durch Moskau zur Folge gehabt hat. Aus der wirtschaftlichen Entwicklung der bislang deutschen Ostgebiete und ihrer Bedeutung für das nun verkleinerte Polen schließt der Verfasser, daß „gegen den deutschen Rechtsanspruch eine polnische Lebensnotwendigkeit entstanden ist“.

Polen hat diese Expansion nach dem Westen hin nicht freiwillig oder in imperialistischem Ausdehnungsdrang angestrebt, sondern wurde von den drei Mächten in diese von den Deutschen zwangsweise zu leerenden Gebiete eingewiesen. Die Hoffnung, mit einem „freien“ Polen zu einer befriedigenden Lösung, etwa im Sinne der früheren Grenzen, zu gelangen, muß nach Blum als völlig illusionär gelten. Ja, die allzu starke Betonung solcher Möglichkeiten einer umfassenden Grenzrevision müßte das polnische Volk unvermeidlich zum Gegner der Wiedervereinigung, des Hauptziels der deutschen Außenpolitik, machen. Diese und ähnliche Aussagen gewinnen den Charakter von Feststellungen, wenn man liest, mit welcher Sorgfalt der Verfasser alles Für und Wider solcher Thesen abwägt.

¹⁾ Erschienen in den Freiburger Studien zu Politik und Soziologie, herausgegeben von Prof. Dr. A. Bergstraesser. Verlag Rombach, Freiburg i. Br. 1963. 208 S., Ln. 23,— DM.

DIE ODER-NEISSE-LINIE IN DER DEUTSCHEN AUSSENPOLITIK

Gesetzt nun den Fall, es träte eine Konferenz der Siegermächte für einen endgültigen Friedensschluß mit einem wiedervereinigten Deutschland zusammen — der für die Bundesrepublik günstigste Fall! —, dann entsteht doch die Frage: Hat die Bundesrepublik überhaupt Partner für ihre Forderung nach Wiederherstellung der alten Ostgrenzen? Im Ostblock keinesfalls, aber auch bei den Westmächten kaum. Alle Kundgebungen westlicher Staatsmänner übergehen diese Frage mit Schweigen, wofern sie nicht, wie der uns besonders befreundete *de Gaulle* persönlich erklärt hat und auch aus dem Munde seines früheren Ministerpräsidenten *Debre* hat verkünden lassen, die Ostgrenzen Deutschlands als endgültig ansehen. Daran dürfte auch eine etwaige Linksschwenkung Frankreichs nichts ändern. Im Gegensatz zu der Frage der Wiedervereinigung, in der sich unsere Bündnispartner übereinstimmend für die bundesdeutsche These einsetzen, fehlt es somit in der Frage der Ostgrenzen an Partnern für die Bundespolitik.

So stellt sich die Lage für die amtlichen Thesen Bonns und noch mehr der Vertriebenenverbände als geradezu ausweglos dar. Dafür, daß aus ihr gleichwohl gerettet wird, was noch zu retten ist, macht der Verfasser einen Vorschlag. Dieser muß auf Kritik stoßen schon deshalb, weil er über die Grenzen des Wissenschaftlichen hinaus in das Gebiet der praktischen Außenpolitik übergreift, die ja mit wechselnden Situationen arbeitet, in denen morgen falsch sein kann, was heute rein rationell als richtig erscheint. Innerhalb dieses Leerraums von sachlich Richtigem und taktischen Möglichkeiten aber können sich die gefühlsmäßigen Argumente herrlich austoben. Dennoch kann man dem Vorschlag nicht alles Gewicht absprechen, dazu ist er zu ernst gemeint; vor allem stellt er das Interesse an der Wiedervereinigung allen anderen Gesichtspunkten voran.

Für die Wahrung des deutschen Rechtsanspruchs schwebt dem Verfasser die folgende Formel vor:

„1. daß die rechtliche Festsetzung der deutsch-polnischen Grenze einem Friedensvertrag vorbehalten bleibt, der von deutscher Seite nur unter der Voraussetzung als gültig anerkannt wird, wenn er verhandelt und geschlossen wird mit der freiheitlich legitimierten Repräsentation des ganzen deutschen Volkes;

2. daß die Bundesrepublik verbindlich und eindeutig erklärt, daß die seit 1945 eingetretenen, an den Besitz der ehemaligen deutschen Ostgebiete gebundenen Lebensnotwendigkeiten des polnischen Volkes bei der rechtlichen Festsetzung der deutsch-polnischen Grenze unbestritten respektiert werden;

3. daß die sich daraus ergebenden Fragen in zweiseitigen Verhandlungen geregelt werden müssen.“ (S. 151)

Da ein zweiseitiges Abkommen dieses Sinnes vor einem Friedensschluß nicht in Betracht kommt, wäre ein integrierendes Protokoll zu den Pariser Verträgen von 1954 vielleicht der Weg, Polens Widerstand gegen die Wiedervereinigung zu entkräften. —

Der Vorschlag fordert natürlich zur Diskussion heraus. Diese sollte unvoreingenommen geführt werden. Der Verfasser verspricht sich zum Beispiel, daß auf dieser Basis wichtige Einzelfragen, wie die Rechte der deutschen Minderheit und etwa heimkehrwilliger Vertriebener, gelöst werden könnten. Der Politiker wird einwenden, daß für diesen wie für jeden anderen Vorschlag die Klärung der Vorfrage entscheidend ist, ob denn ein solcher einseitiger Annäherungsversuch auch wirklich Aussicht auf Verwirklichung bei der Gegenseite hat.

Jedenfalls ist hier eine sonst nur gefühlsmäßig behandelte Frage der ganz großen Politik einmal auf wissenschaftlicher Basis aufgeworfen worden. Das ist gewiß ein Verdienst des Freiburger Instituts für politische Wissenschaften. Kritiken, an denen es nicht fehlen wird, sollten sich jedenfalls bemühen, einer — für viele noch neuen — Erkenntnis wissenschaftlich Gleichwertiges entgegenzustellen.